

Medienmitteilung
Winterthur, 7. August 2009

Kein Ausbau des Flughafens Zürich ohne Mitsprache der Kantonsbevölkerung

Um die kontrovers geführten Diskussionen rund um einen Infrastrukturausbau und den künftigen Betrieb des Flughafens Zürich zu beenden, schlägt Avenir Suisse eine diesbezügliche Erweiterung der Bundeskompetenzen vor. Die *Region Ost* lehnt eine solche Zuständigkeitsverschiebung von der kantonalen auf die nationale Ebene aus folgenden Gründen ab:

- Es trifft nicht zu, dass die Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Neuordnung des An- und Abflugregimes am Flughafen Zürich "unlösbar" sind. Bereits heute sind die Kompetenzen von Bund und Kanton klar geregelt und die zur Konfliktlösung erforderlichen politischen sowie rechtlichen Instrumente vorhanden. Über lange Zeit fehlte es den politischen Entscheidungsträgern jedoch am Willen, das "Problem Flughafen" im Zusammenwirken mit der Bevölkerung zu bewältigen.
- Eine Kompetenzverschiebung zum Bund würde dazu führen, dass der Kanton Zürich in einem für ihn nicht nur wirtschaftlich, sondern auch verkehrs- und umweltpolitisch zentralen Bereich in seinem Selbstbestimmungsrecht beschnitten wird. Müsste sich der Kanton Zürich künftig in allen wichtigen Flughafenfragen dem Diktat aus Bern unterwerfen, würde ihm eine eigenständige Entwicklung in wesentlichen Belangen erheblich erschwert. Auch aus grundsätzlichen staatspolitischen Überlegungen ist ein solcher Föderalismusabbau nicht hinzunehmen.
- Der Flughafen ist eine Verkehrsinfrastruktur, deren Betrieb erhebliche Lärmemissionen verursacht. Es ist deshalb nicht vertretbar, wenn künftig der Bund – quasi über die Köpfe der betroffenen Bevölkerung hinweg – allein über den Flughafenbetrieb befinden könnte. Weil es hier um eine wesentliche Einschränkung der Lebensqualität geht, sind die demokratischen Mitwirkungsrechte der Bevölkerung des Kantons Zürich in Fluglärmbelangen möglichst zu wahren. Vordergründig macht es den Anschein, als ob die Flughafenbetreiberin Unique und die Swiss (die beide zum Förderkreis von Avenir Suisse zählen) den von ihnen angestrebten Kapazitätsausbau des Flughafens Zürich möglichst unter Umgehung des demokratischen Meinungsbildungsprozesses im Kanton Zürich erreichen wollen.
- Befremdend ist schliesslich auch, dass Avenir Suisse die fragliche Kompetenzverschiebung nur für den Flughafen Zürich vorschlägt und die anderen Landesflughäfen in Basel und Genf davon ausnehmen will. Soll dem Bund eine Erweiterung seiner Zuständigkeit im Bereich der Luftfahrt dazu dienen, den Mobilitätsbedürfnissen der globalisierten Schweizer Wirtschaft mit einer national gesteuerten Verkehrspolitik Rechnung zu tragen, so müsste sie selbstredend auch die Belange der anderen Landesflughäfen mit einbeziehen.



Die *Region Ost* ist eine Interessengemeinschaft von insgesamt 86 Städten und Gemeinden im Osten des Flughafens Zürich (Kantone Zürich, Thurgau und St. Gallen). Sie setzt sich für eine gerechte Fluglärmverteilung ein. Die Region Ost vertritt 450'000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Für Rückfragen

Stadtrat Michael Künzle, Präsident Region Ost, Tel. 052 267 58 12